

Absender (Klägerin - Kläger)

Datum

Name, Vorname

Zutreffendes ist angekreuzt



bzw. ausgefüllt

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Tel. Nr.

An das  
Arbeitsgericht

Hiermit erhebe ich

**Klage**

gegen

Vollständiger Name der / des Beklagten / der Firma

bei Firmen: vertreten durch

Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer

und beantrage,

(Beklagte - Beklagter)

1. festzustellen, dass das Arbeitsverhältnis der Parteien
- nicht durch die von d. Beklagten ausgesprochene
    - außerordentliche (fristlose) Kündigung vom
    - ordentliche Kündigung vom
  - weder durch die außerordentliche (fristlose) Kündigung vom noch durch die ordentliche Kündigung d. Beklagten vom aufgelöst worden ist;
2. festzustellen, dass das Arbeitsverhältnis der Parteien auch nicht durch andere Beendigungstatbestände endet, sondern unverändert fortbesteht;
3. für den Fall des Obsiegens mit dem Antrag zu 1. d. Beklagte/n zu verurteilen, d. Kläg. bis zum rechtskräftigen Abschluss des Kündigungsschutzverfahrens vertragsgemäß als weiterzubeschäftigen.

Ich bin seit bei d. Beklagten in als beschäftigt.

Ich bin am geboren. Familienstand: Anzahl Kinder:

Meine Vergütung betrug zuletzt durchschnittlich brutto netto EUR.

D. Beklagte hat / D. Beklagten haben das Arbeitsverhältnis gekündigt. Die Kündigung erfolgte

- außerordentlich (fristlos)
- schriftlich am Das Kündigungsschreiben habe ich erhalten am .
  - Die Kündigung erfolgte mündlich und ist deshalb unwirksam.
- ordentlich zum
- schriftlich am Das Kündigungsschreiben habe ich erhalten am .
  - Die Kündigung erfolgte mündlich und ist deshalb unwirksam.
- Im Betrieb d. Beklagten sind in der Regel mehr als 10 Arbeitnehmer außer Auszubildenden beschäftigt.
- Im Betrieb d. Beklagten sind in der Regel mehr als 5 Arbeitnehmer außer Auszubildende beschäftigt, deren Arbeitsverhältnis mindestens seit dem 31.12.2003 bestand.
- Der Betriebsrat wurde nicht ordnungsgemäß angehört.
- Ein wichtiger Grund für eine außerordentliche (fristlose) Kündigung liegt nicht vor.
- Die Kündigung ist / Die Kündigungen sind sozial ungerechtfertigt im Sinne des Kündigungsschutzgesetzes.
- Es wird gerügt, dass keine ordnungsgemäße Sozialauswahl durchgeführt wurde.

- Angaben zu besonderem Kündigungsschutz, z. B. wegen Schwangerschaft, Elternzeit, Pflegezeit, Schwerbehinderung, Wehr- oder Zivildienst:

- Der Klageantrag zu 2 beinhaltet eine selbständige allgemeine Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO. Zwar sind zur Zeit keine anderen Beendigungstatbestände außer der mit dem Klageantrag zu 1 angegriffenen Kündigung bekannt. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Beklagte im Verlauf des Verfahrens weitere Kündigungen ausspricht. Es wird deshalb mit dem Klageantrag zu 2 die Feststellung begehrt, dass das Arbeitsverhältnis auch durch solche weiteren Kündigungen nicht beendet wird.
- Da die Kündigung unwirksam ist und überwiegende Interessen d. Beklagten nicht entgegenstehen, steht mir ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung bis zum rechtskräftigen Abschluss des Kündigungsschutzverfahrens zu.

**Anlage(n):**

- Kopie des Arbeitsvertrages  
 Kopie der Kündigung  
 Kopie der letzten Abrechnung

.....  
Unterschrift